Stand: 18.12.2025 06:42:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10181

"Offensive des Freistaats für die berufliche Bildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10181 vom 24.02.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10252 vom 25.02.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 25.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.02.2016 **Drucksache 17/10181**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Offensive des Freistaats für die berufliche Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das System der beruflichen Bildung, insbesondere der dualen Ausbildung, ist ein Modell mit vielen Verantwortlichen: den ausbildenden Betrieben, den Sozialpartnern, der Regelungskompetenz des Bundes und nicht zuletzt des Freistaates Bayern in seiner Verantwortung für das berufliche Schulwesen.

Angesichts der drohenden Fachkräftelücke, der Bildungsaufgabe der beruflichen Bildung, sowie den Herausforderungen und Chancen einer Einwanderungsgesellschaft bedarf es einer Offensive für die berufliche Bildung durch den Freistaat, die anlässlich der „Woche der Ausbildung“ – die sonst lediglich eine Imagekampagne sein kann – auf den Weg gebracht werden muss.

Ziel muss es sein, mehr Jugendliche für eine berufliche Bildung zu gewinnen, die diesen Weg bislang nicht gewählt haben, bzw. für die dieser Weg aus unterschiedlichen Gründen nicht offen stand. Das gilt für Schülerinnen und Schüler von vorrangig auf die Studienberechtigung fokussierten Gymnasium, das gilt für junge Menschen, die aus Gründen der schulischen Vorbildung, oder ihres Migrationshintergrundes, oder ihrer sozialen Situation eine berufliche Bildung nicht beginnen oder erfolgreich durchlaufen konnten, und das gilt für junge Flüchtlinge, die derzeit in BAF-Klassen und anderen Maßnahmen ihre Berufsbildungsreife erlangen. Die Heterogenität der Jugendlichen ist Chance und Aufgabe einer zukunftsfähigen beruflichen Bildung in Bayern.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Ausstattung der beruflichen Schulen wird verbessert, so dass eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zur Abdeckung des Pflichtunterrichts in einem ersten Schritt und eine integrierte Lehrerreserve zum Ausgleich von Unterrichtsausfall bei Krankheit und durch Fortbildung in einem zweiten Schritt erreicht wird. Die beruflichen Schulen müssen so ausgestattet sein, dass eine individuelle Förderung der heterogenen Schülerschaft möglich ist, etwa durch zusätzliche Angebote (z. B. 2. Fremdsprache) für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler oder durch Förderangebote für schwächere Schülerinnen und Schüler. Dafür sind Umschichtungen im gegenwärtigen Haushalt und ein Stufenplan zur Aufstockung der Mittel in den nächsten Haushaltsplänen seitens der Staatsregierung vorzulegen.
2. Die Berufsorientierung muss im Hinblick auf die berufliche Bildung in allen Schularten ab der 7. Klasse verankert werden. Schnupperpraktika, berufspraktische Inhalte und Beratung für den Weg zum Studium, wie auch der gleichberechtigte Weg zur beruflichen Bildung, ob dual oder an Fachschulen, müssen an allen Schularten im Lehrplan und der Schulpraxis verankert werden.
3. Mit den BAF-Klassen (Berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge, Berufsintegrationsjahr 1 und 2) und anderen Maßnahmen leisten berufliche Schulen bereits einen wichtigen Beitrag zur schulischen Integration von schulpflichtigen Flüchtlingen. Damit Eintritt in eine berufliche Ausbildung sowie erfolgreiches Absolvieren einer Ausbildung gelingen, bedarf es eines entsprechenden Unterstützungsangebotes mit entsprechender Sprachförderung (u. a. Berufssprache). Dies muss von der Staatsregierung in Kooperation mit entsprechenden Partnerinnen und Partnern (Arbeitsagentur, Träger, Kammern, Betrieben) eingerichtet werden.

Begründung:

Angesichts des Mangels an Bewerberinnen und Bewerbern in vielen Berufen, den Anforderungen an viele beruflich gut ausbildeten Fachkräfte und der Leistung der beruflichen Bildung für die Integration unserer Gesellschaft ist es notwendig, die beruflichen Schulen besser zu unterstützen und unverzüglich eine „Offensive“ für eine zukunftsfähige Bildung in Bayern auf den Weg zu bringen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.02.2016 **Drucksache** 17/**10252**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/**10181**

Offensive des Freistaats für die berufliche Bildung

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Thomas Gehring
Abg. Johann Häusler
Abg. Kathi Petersen
Abg. Tobias Reiß
Abg. Christine Kamm
Staatssekretär Georg Eisenreich
Abg. Martin Güll

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Offensive des Freistaats für die berufliche Bildung (Drs. 17/10181)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung erfordert Taten statt Worte - Berufliche Bildung stärken (Drs. 17/10205)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Bildungspflicht des Staates endlich nachkommen - allen Asylbewerbern und Flüchtlingen im Berufsschulalter ein Bildungsangebot machen (Drs. 17/10206)

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Gehring das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Woche ist die "Bayernweite Woche der Aus- und Weiterbildung", eine Image-Kampagne der Staatsregierung, der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern. Diese Image-Kampagne ist holterdiepolter auf den Weg gebracht worden und läuft etwas holprig. Zu der Besetzung der Podien muss ich aus Oppositionssicht sagen: Wir hätten uns schon gewünscht, Sie hätten das Feuer der Opposition für die berufliche Bildung und die Kompetenz, die in den Oppositionsfraktionen da ist, für diese Podien genutzt. Das war etwas ärgerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Kampagne ist jedoch eine gute Sache. Die Fraktion der GRÜNEN nutzt sie zum Beispiel, um gezielt Betriebe zu besuchen, die Flüchtlinge ausbilden. Die meisten Abgeordneten sind da unterwegs. Wir erleben Betriebe, die hoch engagiert sind. Wir erleben Flüchtlinge, die sehr motiviert und sehr bildungsinteressiert sind. Wir erleben aber auch die diversen Schwierigkeiten, wenn es zum Beispiel um die Themen Anerkennung, Förderung und Sprachförderung geht.

Ich war diese Woche mit dem Staatssekretär Pschierer in einem sehr interessanten Betrieb, bei einem Mittelständler, wo man sich sehr viele Gedanken über die Bildung bzw. die Persönlichkeitsbildung der Auszubildenden macht. Es ist gut, über die berufliche Bildung zu reden und dafür zu werben, damit mehr Jugendliche in die berufliche Bildung, vor allem in das duale System gehen. Aber den Worten müssen auch Taten folgen. Deswegen haben wir unseren Antrag eingereicht, und deswegen freue ich mich auch über die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER zu diesem Thema. Tatsächlich brauchen wir Taten auch in diesem Haus, und zwar eine Offensive für die berufliche Bildung. Der Freistaat muss seine Verantwortung für die beruflichen Schulen ernst nehmen und endlich den Worten Taten folgen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür gibt es drei Gründe. Der erste Grund: Wir steuern auf die Fachkräftelücke zu. In vielen Ausbildungsberufen können die Lehrstellen nicht mehr, zum Teil zu 100 % nicht mehr besetzt werden.

Der zweite Grund: Im Alter von 15 bis 20 Jahren geht es bei den jungen Menschen immer auch um Persönlichkeitsbildung. Das ist auch in der beruflichen Bildung eine wichtige Phase. Ich bin überzeugt, dass Praxis genauso wichtig ist wie Theorie. Das Übernehmen von Verantwortung in einem Ausbildungsberuf ist ein wichtiger Bildungsfaktor. Also müssen wir als Bildungspolitiker dieses Thema ernster nehmen als bisher.

Der dritte Grund: Wir erleben gerade, dass junge Menschen zu uns kommen. Das ist eine Chance für ein Land mit rückläufiger Bevölkerungszahl. Junge Flüchtlinge kom-

men zu uns. Sie wollen ausgebildet werden. Das ist eine Chance, aber auch eine große Herausforderung für unser System der beruflichen Bildung.

Woher kommen die jungen Menschen, die jetzt in die berufliche Bildung gehen sollen, für die geworben wird? – Werbung allein wird nicht reichen. Man muss konkrete Maßnahmen ergreifen; denn die jungen Leute regnet es nicht vom Himmel, sondern sie sind da. Sie sind heute schon in unseren Schulen und in unserem Bildungssystem.

Ich unterscheide hier drei Gruppen. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema akademische Bildung versus berufliche Bildung zähle ich diejenigen jungen Leute zur ersten Gruppe, die über das Gymnasium oder die Realschule sehr frühzeitig, in Bayern nach der vierten Klasse, den Weg Richtung Studium gegangen sind. Wenn wir heute die Schularten in Bayern betrachten, stellen wir fest, dass alle Schulen zumindest auf dem Papier zur Hochschule führen; aber eigentlich führen alle Schulen auch zur beruflichen Bildung. Die meisten jungen Leute in Bayern machen einen mittleren Abschluss. Deswegen brauchen wir Berufsorientierung, Schnupperpraktika und eine klare Orientierung zur dualen Bildung hin, auch in den weiterführenden Schulen, vor allem im Gymnasium. Wir müssen endlich dazu kommen, dass der Übergang von der zehnten Klasse des Gymnasiums in eine berufliche Bildung als ein Erfolg und nicht als Scheitern angesehen wird. Im Hinblick darauf haben wir noch viel zu tun, und dabei besteht noch viel Veränderungsbedarf an den Gymnasien.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Zur zweiten Gruppe gehören die jungen Leute, die bisher Schwierigkeiten haben, in das System der beruflichen Bildung zu kommen, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund. Von ihnen bekommen gegenüber den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund doppelt so viele keine Lehre. Das sind Jugendliche, die schulische Probleme haben, und Jugendliche, die eine Ausbildung beginnen und dann scheitern. Wir haben eine steigende Abbrecherquote von zurzeit 16, 17 %, weil junge Leute eine

Ausbildung angeboten bekommen, aber sie aufgrund ihrer schulischen Vorbildung nicht schaffen. Sie brauchen Unterstützung in den Berufsschulen und geeignete Angebote. Diese Heterogenität ist eigentlich eine Chance für die Schülerinnen und Schüler. Wir müssen sie nutzen und in die jungen Leute investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die dritte Gruppe bilden die ankommenden jungen Flüchtlinge, die in die BAF-Klassen gehen. Ich begrüße den Antrag der SPD. Ein Drittel der jungen Leute besucht die BAF-Klassen. Bei uns gilt eine Schulpflicht für alle Flüchtlinge bis zum 21. Lebensjahr. Sie alle müssen in die Schule gehen können und ein gutes Angebot bekommen. Deswegen brauchen wir 100 % und nicht nur 30 % von ihnen in den BAF-Klassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Flüchtlinge in die Ausbildung gehen, brauchen sie Unterstützung. Man sieht schon an den ersten Erfahrungen, dass sie vor allem sprachliche Förderung brauchen, um tatsächlich eine Abschlussprüfung schaffen zu können. Deswegen fordern wir in Nummer 1 unseres Antrags eine bessere Ausstattung der beruflichen Schulen. Die beruflichen Schulen bekommen heute nicht einmal die Mittel, die sie brauchen, um ihren Unterricht abzudecken. Ihre Unterrichtsversorgung liegt bei unter 100 %. Wir haben jetzt vom Kultusministerium eine Durchschnittszahl bekommen. In Schwaben zum Beispiel beträgt die Ausstattung der beruflichen Schulen 93 %. Sie liegt also 7 % unter dem Pflichtbereich. Eigentlich sollten berufliche Schulen individuelle Förderung anbieten können, also brauchen wir mehr.

Deswegen fordern wir erstens Umschichtungen im gegenwärtigen Haushalt und zweitens einen Stufenplan, um in den nächsten Haushalten die beruflichen Schulen besser auszustatten. Daher heißt es jetzt nicht nur, gut über berufliche Bildung zu reden, sondern auch, etwas zu tun. Deswegen: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Sie haben bisher unseren Anträgen zur Ausstattung der beruflichen Bildung nie zugestimmt,

auch nicht bei den Haushaltsberatungen. Jetzt haben Sie die Chance, unserem Antrag, dem Antrag der FREIEN WÄHLER und dem Antrag der SPD zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: der Herr Kollege Häusler. Bitte schön, Herr Kollege.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister Spaenle, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der GRÜNEN geht genau in die richtige Richtung. Er definiert vier Kernforderungen: erstens mehr Jugendliche für die berufliche Bildung generell zu gewinnen; zweitens die Ausstattung der beruflichen Schulen deutlich zu verbessern; drittens die Berufsorientierung an allen Schularten ab der siebten Klasse zu fördern und auszubauen und viertens – das wird auch im Antrag der Sozialdemokraten gefordert – eine stärkere Unterstützung der BAF-Klassen. Diese Ziele und Forderungen, die in den Anträgen formuliert sind, kann und muss jedes Mitglied dieses Hohen Hauses unterstützen. Deswegen werden wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, diesem Antrag der Fraktion der GRÜNEN zustimmen. Ebenso werden wir dem Antrag der SPD zustimmen; denn er formuliert letztendlich die Wahrnehmung der Bildungsverpflichtung des Staates im Bereich Asyl- und Flüchtlingswesen.

Der Antrag von uns, der Fraktion der FREIEN WÄHLER, geht noch einen Schritt weiter. Wir wollen hier die Gleichwertigkeit der akademischen dualen und der beruflichen Ausbildung herstellen. Das heiß konkret: Wir wollen Maßnahmen durchsetzen, die eine monetäre Gleichbehandlung garantieren, zum Beispiel durch die Ausstellung von Meisterausbildungsgutscheinen im Bereich der dualen Ausbildungssysteme. Das haben wir schon beantragt.

Wir fordern außerdem ein verpflichtendes, die Schule ersetzendes Betriebspraktikum an den weiterführenden Schulen. Das ist in den 7. bis 9. Jahrgangsstufen ganz wich-

tig, weil hier die Möglichkeit besteht, Berufsprofile, Berufschancen, Entwicklungen und eine zunehmende Technisierung im Bereich der beruflichen Ausbildung jungen Menschen zugänglich zu machen und ihre Entscheidung für den späteren Lebensweg damit ein Stück weit zu unterstützen.

Des Weiteren fordern wir ein effizientes Übergangsmanagement und mehr Kooperation zwischen Schulen und Betrieben. Das funktioniert zwar in Teilen, aber in weiten Teilen haben wir hier noch einen großen Nachholbedarf.

Wir wissen und erkennen an, dass unser duales Ausbildungssystem das Fundament für unsere wirtschaftliche Prosperität und unseren Qualitätsvorsprung vor Mitbewerbern bildet und uns eine weitgehende Vollbeschäftigung sichert, gar nicht zu sprechen von der Vollbeschäftigung und der Ausbildungsgerechtigkeit bei Jugendlichen.

Deshalb müssen wir heute die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Das heißt konkret, erstens muss die berufliche Ausbildung mehr jungen Menschen aus allen Bildungsschichten zugänglich gemacht und auch für Jugendliche mit einem höheren Allgemeinbildungsanspruch lukrativer ausgestaltet werden. Wir haben das vorher vom Kollegen Gehring gehört. Wir brauchen an mehr beruflichen Schulen zusätzliche Weiterbildungs-Qualifikationsmöglichkeiten. Ein Beispiel ist die Technikerausbildung im Rahmen der Berufsschule plus. Dort herrscht eine enorme Nachfrage. Sie ermöglicht eine hervorragende Ausgangsposition für ein beruflich erfolgreiches Leben.

Zweitens müssen die beruflichen Schulen bedarfsgerechter ausgestattet werden. Vordringlich ist zunächst eine bessere Ausstattung der Lehre. Wir brauchen 100 % Abdeckung des Pflichtunterrichts, nicht 92 oder 93 %. Mir hat ein Berufsschuldirektor vor Kurzem gesagt: Es gibt Schulen, die schon zufrieden sind, wenn sie 90 % nachweisen können. – Dies muss man in dem Kontext sehen, dass gerade die Berufsschulen im Moment wesentlich schwerere Bedingungen haben als beispielsweise die Gymnasien, insbesondere bei der Integration und der Flüchtlingsbeschulung.Hier lasten die Hauptverantwortung und die Hauptarbeit auf den beruflichen Schulen.

Der Lehrernotstand ist vor allem in Bereich Metall gravierend – darauf komme ich noch extra zu sprechen –, wenn der Deutschunterricht teilweise ausfällt und der Sportunterricht ganz ausfallen muss. Ein Ausfall des Deutschunterrichts ist dramatisch, da damit spätere Weiterqualifizierungsmöglichkeiten behindert werden. Außerdem besteht ein zunehmender Erwartungs- und Angebotsdruck im Bereich Entwicklung und der Technologie.

Die IHK Nordschwaben ist auf mich zugekommen. Am 18. Januar habe ich an Kultusminister Dr. Spaenle geschrieben. Ich habe ihm das Kommuniqué beigelegt, aus dem ich einige Zeilen sinngemäß vorlesen will, damit man den Praxisbezug sieht. Der Prüfungsausschuss schreibt: Die Berufsschullehrkräfte berichten, dass aufgrund fehlenden Nachwuchses im Metallbereich und steigender Schülerzahlen in diesen Abteilungen auch Pflichtfächer nicht mehr in vollem Umfang unterrichtet werden können. Viele Metallfachkräfte sind schon mit Mehrarbeit zusätzlich belastet. Bei Azubis dieser Ausbildungsrichtung kann die Schülerzahl pro Klasse nicht beliebig auf 34 und mehr erhöht werden. Diese unterschiedliche Vorbildung und die genannten Schwächen der Schüler gezielt im Unterrichtsablauf zu berücksichtigen, ist bei den genannten hohen Klassenstärken kaum mehr möglich und den Lehrkräften nicht mehr zuzumuten. – Sie fordern vier konkrete Maßnahmen: Durchführung von Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Berufsschullehrern, die Verbesserung der Attraktivität des Berufs der Lehrer an Berufsschulen, die Intensivierung der Werbung speziell für diese Fachrichtung, die Verhinderung des Aussteigens von Referendaren, indem ein höheres Referendargehalt bezahlt wird. Sie schließen mit dem Satz: Unser Anliegen ist die Sicherung des beruflichen Nachwuchses unserer Region. – Ich glaube, das spricht für sich.

Nachdem das dem Kultusministerium durchaus bekannt ist, habe ich gestern die Antwort von Herrn Spaenle bekommen. Er schreibt: Die personelle Situation in den beruflichen Schulen in Bayern ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass für bestimmte Fächer zu wenig fachlich ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bemüht sich seit gerau-

mer Zeit, die notwendige Personalversorgung sicherzustellen. – Wir sollten es nicht nur beim Bemühen belassen, sondern, wie es meine Vorredner gesagt haben, es aktiv angehen.

Wenn wir diesen Notstand nicht unverzüglich beheben, wird sich das auf die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie- und Handwerksbetriebe verheerend auswirken; denn die Nachwuchssicherung und die Facharbeitergenerierung können nur über die berufliche Qualifikation, und zwar auf hohem Niveau, erfolgen. Eine Prognose der Wirtschaftsverbände zeigt, dass bis zum Jahr 2030 bis zu fünf Millionen Facharbeiter fehlen werden. Gleichzeitig brechen 30 % unserer Studenten ihr Studium ab. Bei der Durchgängigkeit, die unser Bildungssystem gewährleistet, würde sich ihnen diese Perspektive bieten.

Dafür brauchen wir jedoch eine gesellschaftliche Wertschätzung der bildungsgerechten beruflichen Bildung. Sie darf nicht subsidiär zur akademischen Bildung behandelt werden. Gemessen am Bildungsetat des Freistaats geben wir ohnehin nur rund 5 % für unsere beruflichen Schulen aus. Dieses berufliche Bildungsangebot wirkt sich auch auf die Sicherstellung von Dienstleistungsangeboten für uns alle aus. Das ist auch eine Frage der Attraktivität des ländlichen Raums für junge Menschen.

Das sind genügend Argumente. Wir sollten diese Bildungsoffensive proaktiv angehen und den Anträgen der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD gemeinsam zustimmen. Darum bitte ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Petersen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab schon wiederholt Anträge der Oppositionsparteien zum Thema berufliche Bildung hier im Landtag. Aus aktuellem Anlass haben wir heute wieder dieses Thema

auf der Tagesordnung. Die letzte Woche wurde in Bayern zur "Woche der Aus- und Weiterbildung" ausgerufen. In allen Regierungsbezirken fanden Veranstaltungen unter Beteiligung von Kabinettsmitgliedern statt, auf welchen diese die duale Ausbildung im Allgemeinen und in Bayern im Besonderen wortreich lobten. Das Lob ist nicht unberechtigt. Doch den Worten müssen Taten folgen. Daran hapert es bei der beruflichen Bildung in Bayern, wie der Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Recht feststellt.

Wir haben schon im letzten Sommer moniert, dass in Berufsschulen regelmäßig Pflichtunterricht ausfällt. Das haben die Kollegen vorher auch schon genannt. Das betrifft nicht nur den Sportunterricht. Das könnten manche noch leichter verschmerzen. Es betrifft aber auch den Deutschunterricht, der ganz wesentlich für eine solide Ausbildung ist. An diesem Unterrichtsausfall hat sich leider bis jetzt nichts geändert. Bei Gesprächen in dieser Woche haben wir von Fachleuten erfahren, dass immer noch etwa eine 10%-prozentige Unterdeckung bei der Unterrichtsversorgung besteht. Das ist absolut nicht akzeptabel und muss umgehend geändert werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um Pflichtunterricht. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf diesen Unterricht. Nur wenn der Pflichtunterricht gewährleistet ist, kann man auch mit Überzeugung für die berufliche Bildung werben, was die GRÜNEN in den Lehrplänen aller Schularten verankert wissen wollen. Es ist durchaus sinnvoll, auch an höheren Schulen wie etwa Gymnasien auf den Wert einer beruflichen Ausbildung hinzuweisen; denn das Streben nach einem höheren Schulabschluss bedeutet nicht zwingend, dass man danach ein Studium anstrebt.

Allerdings muss man auch feststellen, dass sich die Erfordernisse für die Ausübung von Berufen in den letzten Jahren verändert haben. Den Automechaniker, wie wir ihn früher kannten, gibt es nicht mehr. Heute sind es Mechatroniker, die auch mit Compu-

tern umgehen müssen. Deshalb haben sich auch die Ansprüche an eine schulische Ausbildung für eine qualifizierte Berufsausbildung geändert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das führt auch dazu, dass die Schüler an beruflichen Schulen wesentlich heterogener als früher sind. An den Berufsschulen befinden sich sowohl Abiturienten als auch leistungsschwache Schüler, die es gerade zu einem nicht einmal qualifizierten Hauptschulabschluss geschafft haben. Alle sollen beschult werden – zumeist in sehr großen Klassen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. An dieser Stelle sind dringend Verbesserungen notwendig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein erheblicher Handlungsbedarf besteht auch bei der schulischen Integration jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge. Mittlerweile wird in diesem Bereich schon einiges getan, wie Kultusminister Spaenle letzte Woche im Bildungsausschuss auch überzeugend dargelegt hat. Mit dem im Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellten Geld werden zügig neue BAF-Klassen geschaffen, um Flüchtlinge und Asylbewerber zwischen 16 und 21 Jahren in zwei Berufsintegrationsjahren fit zu machen – möglichst für eine duale Ausbildung. Dies erkennen wir gerne an, ohne jedoch zu verkennen, dass dabei noch viele Probleme ungelöst sind. Wenn die Regierungen in den einzelnen Bezirken auf die Berufsschulen zukommen mit dem Ansinnen, die Zahl der BAF-Klassen von zwei auf beispielsweise acht innerhalb eines Schuljahres zu erhöhen, ist das zwar ein lobenswertes Unterfangen, die Frage lautet jedoch: Wo nehmen die Schulen die Lehrer und die Räume her? Die Idee, einen Schichtunterricht an beruflichen Schulen einzuführen, lässt sich nur in ganz geringem Maße verwirklichen, weil vielfach einfach Ganztagsunterricht vorherrscht.

Der zusätzliche Verwaltungsaufwand, der dadurch auf die beruflichen Schulen zukommt, wird oft nicht berücksichtigt. Das geht schon bei der Ausschreibung für Kooperationspartner los, die genauso wie die jährliche Ausschreibung verpflichtend ist. Das

ist ein Verwaltungsaufwand, der sich bisher nicht in zusätzlichen Verwaltungsstunden niederschlägt. Abgesehen davon wird das in Fremdsprachen ungeübte Verwaltungspersonal auch vor erhebliche Probleme gestellt.Auch hier ist noch einiges zu tun, damit es überhaupt funktionieren kann.

Ein zusätzliches Problem ist die Sprache. In den Berufsintegrationsjahren lernen die Schüler Deutsch. Das ist notwendig, das geschieht auch. Allerdings genügt der Deutschunterricht in der Regel nicht, um die Berufsfachsprache auch zu beherrschen. Wir alle wissen, dass im Berufsleben Spezialbegriffe zur Anwendung kommen, die man mit seinem normalen Wortschatz nicht unbedingt versteht. Hier stellt sich die Frage, wie sprachsensibler Unterricht erfolgen kann. Wie können die Prüfungen so gestaltet werden, dass jemand, der in der praktischen Ausbildung in seinem Betrieb gut ist, den der Betrieb auch behalten will, nicht an den Prüfungen scheitert? Auch das sind ungelöste Fragen, denen wir uns stellen müssen.

Gelingt die duale Ausbildung auch ohne zusätzliche Unterstützung? Für schwächere Auszubildende gibt es das Modell der assistierten Ausbildung. Das müssten wir verstärkt auch bei der Ausbildung von Flüchtlingen und Asylbewerbern anwenden, damit diese erfolgreich die duale Ausbildung absolvieren und später auf eigenen Beinen stehen können.

(Beifall bei der SPD)

In unserem Antrag monieren wir, dass bisher nur für knapp die Hälfte der berufsschulpflichtigen Flüchtlinge und Asylbewerber tatsächlich ein Unterrichtsangebot besteht. Wir sind der Meinung, dass wir für alle Jugendlichen ein Bildungsangebot brauchen. Dafür muss es ein gutes Konzept geben, und dafür müssen alle benötigten Ressourcen, sowohl personeller als auch räumlicher Art, zur Verfügung gestellt werden. Deswegen bitte ich um Unterstützung unseres Antrags. Den Anträgen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER stimmen wir gerne zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Petersen, ein bisschen widersprüchlich ist Ihre Argumentation in der Sache schon. Wir haben in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses – Sie haben es angesprochen – einen umfassenden Bericht des Herrn Staatsministers gehört. Er hat uns erläutert, wie wir Personal organisieren, wie wir das Konzept mit dem Nachtragshaushalt 2016 umsetzen und wie wir nach draußen gehen. Die Regierungen sind angesprochen worden. Wir stehen hier vor großen Herausforderungen.

Der Staatsminister hat uns ein zwanzigseitiges Konzept für den Ausbau der Bildungsmaßnahmen zur Integration von jungen Flüchtlingen vorgestellt. Er wurde dafür von allen Fraktionen im Bildungsausschuss gelobt. Sie haben es heute auch wieder anklingen lassen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So war es! Großes Lob!)

Sie beschränken sich jetzt beim Antrag der GRÜNEN zur beruflichen Bildung aber allein auf die Frage, wie wir die Beschulung von Flüchtlingen von 50 % auf 100 % anheben können. Sie machen dazu keinen Finanzierungsvorschlag. Allein im Nachtragshaushalt 2016 haben wir 100 Millionen Euro für zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Trotzdem diskutieren wir, lieber Kollege Gehring, gerne über die erfolgreiche berufliche Bildung in Bayern.

Die FREIEN WÄHLER loben in ihrem Antrag die Konzepte und das Gelingen einer praxisnahen und qualitätsvollen dualen Ausbildung in Bayern. Herr Gehring, Sie sprechen in Ihrem Antrag von einem System der beruflichen Bildung mit vielen Verantwortlichen. Dazu gehören die Betriebe, die Sozialpartner, die Kammern etc. Selbstverständlich gehört auch der Freistaat Bayern als Träger des öffentlichen beruflichen Schulwesens mit dazu. Deshalb freut es uns, wenn die GRÜNEN als Akademikerpar-

tei jetzt auch erkannt haben, dass die berufliche Bildung wichtig ist und dass wir uns um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung kümmern müssen, wie es auch die FREIEN WÄHLER fordern. Die Türen, die Sie, lieber Herr Kollege Gehring, mit Ihrer Offensive für berufliche Bildung einrennen wollen, sind sperrangelweit offen.

Sie nehmen die "Woche der Aus- und Fortbildung" zum Anlass für Ihre Anträge. Wir sollten diese Woche nicht als reine Imagekampagne abtun. Ich war bei der Eröffnung selbst auf dem Podium. Wir haben das Feuer der Opposition genutzt. Die Kollegin Annette Karl war bei uns auf dem Podium dabei. Wir haben mit Vertretern des Handwerks, mit erfolgreichen jungen Selbstständigen über die berufliche Bildung diskutiert. Wir haben dort auch viele junge Leute kennengelernt, zum Beispiel eine junge Konditorin, die zwei Ausbildungen absolviert hat und jetzt den Schritt in die Selbstständigkeit wagt. Auch darüber sollten wir noch stärker diskutieren, lieber Herr Kollege Gehring. Wie schaffen wir es, die Gründerszene stärker zu unterstützen? Wie schaffen wir es, dass Jugendliche bereit sind und den Mut haben, sich in die Selbstständigkeit zu begeben? Ich habe in einer Umfrage gelesen, dass 32 % der jungen Leute in den öffentlichen Dienst wollen. Das ist zwar für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Bayern ein gutes Zeugnis, das zeigt aber auch, dass wir ein gutes Klima für mehr Existenzgründungen und Selbstständigkeit brauchen.

Jetzt aber zurück zur Ausstattung der beruflichen Schulen, was das zentrale Thema ist. Richtig ist, dass der Pflichtunterricht in den letzten Jahren nicht voll erteilt worden ist. Er liegt aber nicht, wie Sie angeführt haben, um 10 % unter dem Bedarf. Der Pflichtunterricht wird an beruflichen Schulen zu 98 oder 99 % abgedeckt. Natürlich müssen wir davon ausgehen, dass an den Regelberufsschulen die Schülerzahlen in den nächsten Jahren nicht steigen werden. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass wir an den Regelberufsschulen den Unterricht mit dem Personal, das wir haben, abdecken können.

Ein anderes Thema – Kollege Häusler hat es angesprochen – ist die Frage, ob wir in verschiedenen beruflichen Fachrichtungen, wie zum Beispiel im Maschinenbau oder in der Elektrotechnik, und für Unterrichtsfächer wie Mathematik oder Physik noch die dafür erforderlichen ausgebildeten Lehrkräfte bekommen. Dafür brauchen wir Initiativen und Maßnahmen für den Quereinstieg durch andere Lehramtsabsolventen. Wir brauchen Sondermaßnahmen. Zum Beispiel gibt es für Ingenieure oder Masterabsolventen in den Fächern Maschinenbau oder Elektrotechnik die Möglichkeit, in das Lehramt einzusteigen.

Auch Angebote der Hochschule sind entscheidend. So bietet zum Beispiel die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Landshut seit dem Wintersemester 2015/2016 den Studiengang Ingenieurpädagogik für den Bereich Elektro- und Metalltechnik an. Dieser Studiengang ermöglicht einen direkten Zugang zum Masterstudiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen an der TU München. Es gibt viele Maßnahmen, die im eigenverantwortlichen Bereich der Hochschulen erfolgen.

Wir müssen aber auch früher ansetzen. Die Berufsorientierung ist angesprochen worden. Bereits heute gibt es verpflichtende Praktika an den Mittelschulen. An den Gymnasien gibt es Praktika auf freiwilliger Basis. Daneben gibt es in der Mittelstufe auch Betriebserkundungen, Expertenreferate usw. Viele Klassen nehmen diese Angebote auch an. Der neue LehrplanPLUS wird auch in besonderer Weise auf eine stärkere Berufsorientierung an der Schule eingehen.

Eine weitere Initiative, die wir in diesem Zusammenhang erwähnen können, ist die MINT21-Initiative des Kultusministeriums gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw – an den bayerischen Realschulen. Ich war kürzlich bei einer Preisverleihung an der Realschule Kemnath in meinem Stimmkreis und habe dort eine große Begeisterung erlebt. So hat zum Beispiel ein fünfzehnjähriger Schüler einen Lego-Roboter programmiert, der den Rubik-Zauberwürfel löst. Er hat dem Roboter etwas beigebracht, was die meisten von uns wahrscheinlich gar nicht per Hand zu-

stande brächten, nämlich die bunten Bausteine so zu drehen, bis einfarbige Flächen herauskommen. Gerade diese spielerische Begeisterung brauchen wir. Das müssen wir an den Schulen fördern. Gerade in den MINT-Fächern brauchen wir mehr denn je gut ausgebildete Fachkräfte. Die bayerische Wirtschaft braucht diese hochqualifizierten Nachwuchskräfte. Auch hierzu gibt es eine Studie. Der Kollege Häusler hat eine Studie für 2030 erwähnt.

Die vbw hat die Studie "Arbeitslandschaft 2035" durchführen lassen. Darin wird festgestellt, dass bereits in vier, fünf Jahren, also circa im Jahr 2020, auf dem Arbeitsmarkt in Bayern 230.000 Fachkräfte fehlen werden. 80 % davon werden Facharbeiter mit einer soliden beruflichen Ausbildung sein. Es werden also in der Mehrzahl nicht Akademiker sein, die fehlen. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, benötigen wir die entsprechenden Programme. Nicht nur die Initiative MINT^{21} ist hervorragend, sondern es gibt auch die Initiative des Wirtschaftsministeriums "Elternstolz", sehr geehrter Herr Staatssekretär Pschierer. Auch diese Initiative lässt sich hier nahtlos einfügen. Die Eltern sind für die Kinder und Jugendlichen schließlich die Hauptansprechpartner in der Frage, welchen Beruf sie ergreifen wollen.

Nun noch zum Thema Berufsintegration junger Flüchtlinge, ein Thema, das in den Anträgen ebenfalls angesprochen wird. Ich glaube, in den Berufsintegrationsklassen verbinden wir in Bayern Spracherwerb und Berufsvorbereitung in idealer Weise. Das wird uns nicht nur von der bayerischen Wirtschaft bestätigt, sondern auch von Flüchtlingsverbänden. Die Staatsregierung und die bayerische Wirtschaft arbeiten hier wirklich Hand in Hand. Das gilt auch für das Projekt "Integration durch Arbeit", in dessen Folge 60.000 Praktika und Arbeitsplätze in den nächsten Jahren entstehen sollen. Dabei geht es auch um Sprachförderung, Kompetenz und Berufsvorbereitung. Die Regierungen planen dafür. Jetzt, im laufenden Schuljahr 2015/2016, können wir weiter aufbauen und überlegen, wie wir räumlich und personell an den Schulen vorwärtskommen. Mit den Mitteln und den Stellen des Nachtragshaushalts 2016 haben wir die Möglichkeit,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die Zahl der Integrationsklassen bis auf 1.200 zu erhöhen. Wir haben 2014 180 dieser Klassen gehabt. Das ist in großen Schritten nach oben gegangen. Aktuell haben wir 670 Klassen. Erst in dieser Woche haben wir weitere 144 Berufsintegrationsklassen und 22 Sprachintensivkurs-Klassen eingerichtet. Wir sind also auf einem hervorragenden Weg. Der Präsident des Städtetags Ulrich Maly, der bestimmt nicht jeden Tag früh aufsteht, um sich zu überlegen, wie er die Bayerische Staatsregierung loben kann, hat in der "Bayerischen Staatszeitung" dieses Integrationspaket, das wir jetzt auf den Weg gebracht haben, als bundesweit einmalig gelobt.

Erst kürzlich hat mir jemand, der in einer Besprechungsrunde mit nicht bayerischen Kultusministern dabei war, erzählt, eine Kultusministerin habe erklärt, die Bayern wären selbst schuld, weil ihre Berufsschulpflicht bis zum 21. Lebensjahr geht. – Es gibt Bundesländer, die nur eine Berufsschulpflicht bis 18 haben. Diese Bundesländer hinken weit hinter Bayern her. Wir werden diesen Weg der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung für Flüchtlinge weitergehen. Dafür gibt es zahlreiche Maßnahmen; viele davon sind bundesweit einmalig und beispielgebend. Die Unternehmer erbringen enorme Anstrengungen, wie ich bereits angedeutet habe, um die gewaltige Herausforderung der Integration von Flüchtlingskindern zu meistern.

An dieser Stelle gilt es, Dank zu sagen, und zwar von der koordinierenden Stabsstelle im Kultusministerium bis hin zu allen Lehrerinnen und Lehrern, die sich großartig für diese Aufgabe engagieren. Der Freistaat Bayern ist in vorbildlicher Weise auf dem Weg.

Die GRÜNEN haben insgesamt sieben Anträge zum Thema berufliche Bildung gestellt. Wir haben deshalb Gelegenheit, uns ausführlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die heute vorliegenden drei Dringlichkeitsanträge werden wir aber ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, darf ich Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung noch kurz am Rednerpult zu bleiben? – Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Reiß, Sie haben gesagt, Bayern sei auf einem guten Weg. – Das finden auch wir, aber es gilt weiterhin, einiges zu verbessern. Sie haben erwähnt, dass Sie vor Ort an Diskussionen teilgenommen haben. Dabei haben Sie doch sicherlich konkrete Punkte gehört, die man verbessern kann. Wir haben zum Beispiel folgende Punkte gehört – das eine ist ein großer Wunsch der ausbildenden Unternehmen –: Die jugendlichen Flüchtlinge, die sie ausbilden, sollen möglichst in ein Lehrlingswohnheim oder in eine Unterkunft verlegt werden, wo sie abends ihre Ruhe haben, wo sie sich vorbereiten und wo sie lernen können. Die jungen Leute sollten möglichst nicht mehr in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sein. – Das ist ein wichtiger Wunsch, zumindest der schwäbischen ausbildenden Unternehmen.

Zum Zweiten werden nach wie vor ergänzende Kurse an den Berufsschulen gewünscht; das gilt auch für ergänzende Qualifizierungskurse, die von Dritten organisiert werden können. Mir wurde berichtet, dass es vom Wirtschaftsministerium ein Programm gibt, um solche Kurse auf den Weg zu bringen. Die Förderrichtlinien sind aber derart unklar, dass die Kammern nicht wissen, für welche Maßnahmen sie das Geld verwenden können; sie würden sich klarere Definitionen dieser Kurse wünschen.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kamm, es gibt doch eine intensive Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern, damit berufsvorbereitende Maßnahmen auf Flüchtlinge zugeschnitten werden können. Es gibt einen etwas schnelleren, aber auch einen etwas langsameren Weg. Da haben wir kurze intensive Vorbereitungen für junge Flüchtlinge, die wenig Anpassung brauchen, beispielsweise, weil sie beim Erlernen der Sprache schneller sind oder weil sie schon eine Berufsausbildung haben, die sie von zu Hause mitbringen. Es gibt auch die sogenannte assistierte Ausbildung. Die hat Herr Kollege Häusler bereits angesprochen. Es gibt also

zahlreiche maßgeschneiderte Konzepte, mit denen man auf den Bildungsstand des einzelnen Flüchtlings eingehen kann.

Was das Wohnraumthema anbelangt, so werden wir uns nicht nur im Hinblick auf die Beschulung junger Flüchtlinge, sondern im Hinblick auf den Wohnungsmarkt in Bayern insgesamt größeren Herausforderungen stellen müssen. Das gilt auch für die Frage, wie wir Flüchtlinge mit Bleibestatus unterbringen, die in den Unterkünften als Fehlbeleger wohnen. Das Wohnraumthema – da haben Sie recht, Frau Kollegin Kamm – ist sicher eine der drängenden Fragen. Wir haben aber auch dafür schon Programme aufgelegt und sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Eisenreich um das Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass jetzt auch die Opposition die berufliche Bildung entdeckt hat.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Das tut dem Thema gut.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sind wir die Arbeiterpartei oder ihr?)

Das wird der Bedeutung des Themas auch gerecht. Das will ich noch näher ausführen. Für die Bayerische Staatsregierung ist die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung seit jeher ein Grundpfeiler in der Bildungspolitik.

(Unruhe bei der SPD)

Erfolgreiche und attraktive Karrieren sind sowohl im akademischen als auch im beruflichen Bereich möglich. Wir haben das schon zu Zeiten gesagt, liebe Kolleginnen und

Kollegen, als wir von internationalen Organisationen wie der OECD für unsere Abiturientenquoten und unsere Akademikerquoten kritisiert worden sind. In diese Kritik, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, haben viele von Ihnen eingestimmt. Ich freue mich deshalb, dass es heute einen Konsens in diesem Haus gibt, wie wichtig die berufliche Bildung in Bayern ist.

Die Kritik an der beruflichen Bildung hat insgesamt betrachtet seit der Finanzkrise im Jahr 2008 nachgelassen. Damals haben nämlich viele realisiert, dass es Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit gibt, bei denen die Quote bei 20, 30, 40 oder gar 50 % liegt. In Deutschland aber, insbesondere im Süden von Deutschland, nämlich in Baden-Württemberg, Bayern, aber auch in Sachsen und Thüringen, gab es bei der Jugendarbeitslosigkeit minimale Quoten. In Bayern schwankte diese Zahl immer um 3 %. Ganz viele haben deshalb nach Deutschland und insbesondere nach Bayern geblickt und sich gefragt, warum die Jugendarbeitslosigkeit so gering ist. Es wurde erkannt, dass der Grund dafür die berufliche Bildung ist. Das ist insbesondere die duale Ausbildung, die wir seit jeher unterstützt und gefördert haben.

In dieser Woche findet die "Bayernweite Woche der Aus- und Weiterbildung" statt. Am vergangenen Freitag war an vielen Berufsschulen in Bayern der Auftakt dazu. Warum machen wir das? – Wir wollen die Wertschätzung für die berufliche Bildung auch in Zukunft erhalten. Wir wollen den jungen Menschen zeigen, dass es im beruflichen Bereich gute Karrieremöglichkeiten und attraktive Berufswege gibt. Wir müssen auch den Familien, den Eltern zeigen, dass im beruflichen Bereich Zukunft liegt. Deshalb ist es uns wichtig, die Wertschätzung für die berufliche Bildung in Bayern zu erhalten.Nur so können wir den Fachkräftebedarf in Bayern decken.

Wir haben die "Bayernweite Woche der Aus- und Weiterbildung"; sie ist aber nur ein kleiner Baustein in der Allianz für starke Berufsausbildung in Bayern. Entscheidend ist die Zusammenarbeit vieler Partner in Bayern: Das sind die Bayerische Staatsregierung – egal, ob das Arbeits- und Sozialministerium, das Wirtschaftsministerium oder das Bildungs- und Wissenschaftsministerium –, der Bayerische Handwerkstag, die In-

dustrie- und Handelskammer, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit. Diese vernetzte Zusammenarbeit vieler Partner ist der Grund dafür, dass wir in Bayern so erfolgreich sind. Aber ich freue mich, dass zumindest in diesem Punkt in der Zwischenzeit Konsens im Parlament besteht.

Zu den Dringlichkeitsanträgen im Einzelnen; zunächst zur Ausstattung: Die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist gesichert, aber die Situation ist für die beruflichen Schulen natürlich schon eine Herausforderung, die man nicht kleinreden darf. Deswegen ist ein Mehr immer gut. Wir als Kultusministerium bedanken uns herzlich beim Parlament dafür, dass wir im Dezember 160 Millionen Euro zusätzlich bekommen haben. Davon profitieren auch die bayerischen Berufsschulen.

Aber in einzelnen Bereichen, bei Elektro- und Informationstechnik sowie in der Metalltechnik, haben wir tatsächlich einen Mangel an Lehrkräften. Das liegt nicht am Geld und an der Stellensituation. Sie wissen das. Wir haben hier auch Maßnahmen eingeleitet. Aber wenn die Wirtschaft in Bayern gut läuft, werden diese Fachkräfte natürlich auch von der Wirtschaft gerne angestellt. Darum haben wir hier einfach – das ist unbestritten – Probleme. Wir haben das im Blick und bemühen uns, mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren.

Die Berufsorientierung ist natürlich eine wichtige, eine zentrale Aufgabe der Schule. Aufgabe der Schule ist es, auf das Leben danach, auf den Beruf vorzubereiten, und dazu ist natürlich die Berufsorientierung wichtig. Wir haben ein Konzept zur Berufsorientierung mit dem Grundsatz, den ich eingangs erwähnt habe: Die berufliche Bildung und die akademische Bildung sind gleichwertig. Das ist auch der Kern der Berufsorientierung, die wir an den Schulen durchführen. Die Berufsorientierung ist nach unserem Konzept von Schulart zu Schulart unterschiedlich, weil wir die individuellen Interessen und Begabungen, Perspektiven und Wünsche der Jugendlichen angemessen berücksichtigen wollen. Wir haben die Berufsorientierung in den Lehrplänen verankert. Sie wird selbstverständlich auch in den künftigen Lehrplänen und im LehrplanPLUS

verankert sein. Für die Schülerinnen und Schüler gibt es viele Gelegenheiten, die berufliche Wirklichkeit kennenzulernen; das Angebot reicht von Praktika über Schnupperlehren bis zu Betriebserkundungen. Die Schulen haben viele Partnerschaften in der Region, zu den Betrieben und Unternehmen.

Einen Punkt werden wir noch gesondert anschauen; dazu haben wir, glaube ich, hier schon einmal berichtet. Wir haben einen Auftrag ans ISB, das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, gegeben und lassen eine Zusammenstellung zur Berufsorientierung insbesondere für die Realschulen und das Gymnasium erarbeiten, damit wir wissen, ob wir an diesen beiden Schularten, insbesondere am Gymnasium, noch etwas verändern müssen.

Ich komme zum Unterstützungsangebot für Flüchtlinge in der Berufsausbildung. Über dieses Thema haben wir in den letzten Wochen und Monaten wirklich viel, viel diskutiert. Der Minister hat erst letzte Woche im Bildungsausschuss umfassend dazu berichtet. Unser Ziel ist ganz klar: Für diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, geht es um die Sprache, um die Vermittlung von Werten, natürlich auch um die Integration in den Beruf. Nur wer einen Beruf hat und Geld verdient, kann auch sein Leben eigenverantwortlich gestalten. Deswegen ist das natürlich ein ganz zentrales Element unserer Integrationsbemühungen, und da sind wir bisher auch wirklich sehr, sehr erfolgreich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Bayern eine gelungene Integration, und deswegen brauchen wir von anderen Bundesländern keine Nachhilfe.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Berufsschulen haben wir – das ist heute mehrfach erwähnt worden – ein zweijähriges, bundesweit beachtetes Modell mit Sprachvermittlung und Berufsorientierung. Ich möchte nur einige Zahlen nennen, damit Sie sehen, wie viel Geld wir hier investieren: Wir hatten zum Beginn des Schuljahres 2015/16 insgesamt 440 dieser Berufsintegrationsklassen. Jetzt, zum Halbjahr, haben wir schon 670, und dank des Geldes, das das Hohe Haus im Dezember zur Verfügung gestellt hat, können wir bis zu 1.200 an-

bieten. Wir haben jetzt 670, und wir können diese Zahl mit dem Geld, das wir bekommen haben, fast verdoppeln. – Darüber hinaus gibt es Angebote der Arbeitsagentur und des Arbeitsministeriums für Flüchtlinge und Asylbewerber, die älter als 18 Jahre sind.

Das Thema Sprache ist wichtig; hier ist insbesondere die Berufssprache ganz, ganz wichtig. Deswegen haben wir das Unterrichtsprinzip "Berufssprache Deutsch" entwickelt. Hier geht es nicht nur um die normale Sprachförderung in Deutsch, sondern um Deutsch für den Fachunterricht. Wir haben – ich habe es schon erwähnt – eine ganz intensive Kooperation in diesem Bereich mit vielen, vielen Partnern. Das Dach dieser Partnerschaft bildet die Allianz für starke Berufsbildung in Bayern. Hier arbeiten wir mit der Agentur, mit den Kammern und den Verbänden zusammen und haben im November die Vereinbarung "Integration durch Ausbildung und Arbeit" erreicht. Das ist – das muss man noch einmal erwähnen – bundesweit einzigartig. 2016, also im aktuellen Jahr, sollen 20.000 Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze für Flüchtlinge bzw. Asylbewerber geschaffen werden. Bis Ende 2019 sollen insgesamt 60.000 erfolgreiche Vermittlungen in Ausbildungen und Arbeit stattfinden. Das macht uns in ganz Deutschland keiner nach. Deswegen an dieser Stelle schon mal ein herzlicher Dank an die Partner für die großartige Unterstützung!

(Beifall bei der CSU)

Die berufliche Bildung liegt uns am Herzen; das war schon immer so. Ich danke dem Hohen Haus, dass Sie diese Einstellung unterstützen und uns auf diesem Weg begleiten. Wir müssen in den Augen der jungen Leute darlegen können, dass es sowohl in der akademischen Bildung als auch in der beruflichen Bildung beste Chancen in Bayern gibt, dass insbesondere die duale Ausbildung eine ganz, ganz hervorragende Möglichkeit ist, um beruflich erfolgreich zu sein. Dafür müssen wir gemeinsam werben, die Wertschätzung für diesen Bereich hochhalten. Deswegen danke ich an dieser Stelle allen, die hieran mitwirken, unseren Partnern, aber insbesondere natürlich den Lehrkräften an den Schulen, die unsere Jugendlichen begleiten, unterstützen und auf

das Leben und die Zeit nach der Schule, auf Arbeit und Beruf vorbereiten, ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, wir haben eine Meldung für eine Zwischenbemerkung. – Kollege Güll, bitte.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Eisenreich, Herr Staatssekretär! Also, das mit der beruflichen Bildung: Einigen wir uns darauf, dass wir sie beide gleich wichtig nehmen, ja? Die Wertschätzung ist dann schon noch mal was anderes. Also, wenn Sie mit den Berufsschulleitern reden – rufen Sie einmal in Lindau an und fragen Sie einmal einen Berufsschulleiter, wie viele Prozent seines normalen Unterrichts er abdecken kann! –, bekommen Sie die Antwort: 85 %. Ist das eine Wertschätzung, wenn er nicht mal die Mittel bekommt, um seine Arbeit machen zu können? Ist das eine Wertschätzung, wenn die Gymnasien viermal mehr Schulpsychologen-Stunden bekommen als die Berufsschulen? – Also, ich meine: Wir müssen schon wirklich bei der Wahrheit bleiben und vielleicht auch ein bissel demütiger sein. Und bei der Frage der Beschulung der Flüchtlinge braucht's halt jetzt einfach ein Konzept für die, die wir im Moment nicht erfassen. Wir haben halt momentan einfach nur 40 % erfasst. Da kann man jetzt nicht darauf verweisen "Die kriegen da und dort vielleicht einen Kurs", sondern da sollten wir uns vielleicht einmal Gedanken machen, auch wenn wir schon viel tun, wie wir's in diesem Bereich noch besser machen können. Das schadet doch nicht, oder? – Das kann man doch hier einfach mal zugeben, und wenn man's zugibt, dann könnte man dem SPD-Antrag zustimmen, ganz einfach.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Das kann ich unterstreichen. Ich habe gesagt: Die Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen ist gesichert; aber

die Situation ist eine große Herausforderung für die Berufsschulen und auch für uns. Mehr ist immer gut. Deswegen habe ich mich für das Geld bedankt, das wir zusätzlich bekommen haben, und ich habe auch Beispiele genannt, wie wir es investieren.

Berufsintegrationsklassen – das stimmt – können wir nicht für alle anbieten. Deswegen habe ich gesagt, dass es aus unserem Bereich, aber natürlich auch von der Arbeitsagentur und vom Arbeitsministerium andere Angebote gibt, weil wir immer alle im Blick haben müssen.

Die große Zahl an vollzeitschulpflichtigen und berufsschulpflichtigen Kindern ist eine riesige Herausforderung; ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Deswegen debattieren wir darüber auch schon sehr lange intensiv und konstruktiv. Wir haben in Bayern viel auf den Weg gebracht, dürfen aber in unseren Anstrengungen und Bemühungen nicht nachlassen. Da gebe ich dir völlig recht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/10181 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/10205 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzei-

gen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10206 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.